

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 31/3 (2004)

DOI: 10.11588/fr.2004.3.63546

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

drei Länder verstärkten sich in dieser Zeit Bedrohtheitssymptome, Mißtrauen und stereotype Feindbilder. Für das Verhältnis von Parlament und Regierung zeitigte dies von Land zu Land unterschiedliche Folgen. Hatte die Deputiertenkammer noch bis zum Sturz des ungeliebten Delcassé mit Kritik an der französischen Marokkopolitik nicht zurückgehalten, so stützte sie danach immer entschiedener die Politik der Regierung, die Interessen Frankreichs in Marokko mit allem Nachdruck gegenüber den deutschen Forderungen zu vertreten. Im House of Commons gab es, abgesehen von den Auftritten bekannter Hinterbänkler, kaum Kritik an der Außenpolitik der Regierung, zumal sich die Gewichte in außenpolitischen Fragen zwischen Unterhaus und Regierung recht eindeutig zugunsten der Exekutive zu verschieben begannen. Anders war dagegen die Entwicklung im Deutschen Reich. Dort vermehrten sich die Stimmen, welche die Außenpolitik Bülows mit unübersehbarem Argwohn verfolgten und dem Gefühl von der drohenden Isolierung Deutschlands auch Ausdruck verschafften. Die Kluft zwischen Regierung und Reichstag vergrößerte sich. Festzuhalten bleibt, daß die Parlamente der drei Länder den außenpolitischen Kurs ihrer Regierungen zu keinem Zeitpunkt während der Marokkokrise nachhaltig beeinflussen konnten und die überraschende Konklusion des Autors, der Sturz Delcassés sei eine Demonstration gewesen, »wie parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik funktionieren kann« (S. 338), durch seine vorherigen Ausführungen in keiner Weise untermauert wird.

Rainer LAHME, Boppard

Friedrich KIESSLING, *Gegen den »großen Krieg«? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914*, München (R. Oldenbourg) 2002, VIII–351 S. (Studien zur Internationalen Geschichte, 12).

Daß die sich seit dem Ende des 19. Jhs. langsam aber scheinbar unaufhaltsam vollziehende Umwandlung des traditionellen europäischen Gleichgewichts der Mächte hin zu einem bipolaren Mächtesystem, in dem sich der vom Deutschen Reich geführte Dreibund und die Ententemächte Großbritannien, Rußland und Frankreich zunehmend konfrontativ gegenüberstanden, zu einer der wesentlichen Ursachen für den Zusammenbruch des europäischen Mächtesystems und den Ausbruch des Ersten Weltkrieges gehört, gilt in der Forschung als eine gesicherte Erkenntnis. Weniger thematisiert wurde dagegen bisher die Frage, ob die Staatsmänner, Diplomaten, Militärs und auch die öffentliche Meinung die sich daraus ergebenden Gefahren erkannt haben und wie sie darauf zu reagieren versuchten. In seiner glänzend geschriebenen Darstellung über Entspannungsversuche von 1911 bis 1914 ist es Kießling gelungen, diese Lücke in einem ganz erheblichen Maß zu schließen und der Debatte über den Zustand des europäischen Staatensystems in den Jahren vor dem Kriegsausbruch wichtige neue Impulse zu verleihen.

Der Autor versteht »Entspannung« nicht als eine fehlgeschlagene Nebenlinie der internationalen Staatenpolitik, sondern »als integralen Teil des Systems der Mächte vor 1914« (S. 7). Daraus folgt aber, daß die Bemühungen um eine D tente vor 1914 zu keinem Zeitpunkt als ein alternatives »Modell« zur bipolaren Mächtekonstellation und den daraus resultierenden Zwängen gedacht waren. Einen systematischen Aspekt der Entspannungs Bemühungen sieht Kießling am ehesten noch in der britischen Außenpolitik, was auch damit zusammenhängen mag, daß Großbritannien als langjährige Führungsmacht der europäischen »balance-of-power« noch ein waches Gespür für die Nachteile des bipolaren Blocksystems besaß und nach Auswegen aus dem auch selbst mitverschuldeten Dilemma suchte. D tente sollte demzufolge »in der Bipolarität der internationalen Beziehungen Flexibilität bewahren beziehungsweise wiederherstellen« (S. 318). In diese Richtung zielen auch die von Kießling zitierten Äußerungen des österreichisch-ungarischen Außenministers Berchtold vor der  sterreichischen Delegation am 29. April 1914, als er nur wenige Monate vor dem Kriegs-

ausbruch davon sprach, daß »unter dem Einfluß des allgemeinen Friedensbedürfnisses eine Periode fühlbarer Beruhigung in den internationalen Beziehungen eingetreten« sei, und fortfuhr: »Eine Politik wie die englische ist geeignet, Mißverständnisse, die sich zwischen den beiden Mächtegruppen einstellen können, zu beseitigen und dadurch die Mängel, welche der praktischen Betätigung eines starren Gleichgewichtssystems anhaften, einigermaßen auszugleichen« (S. 317).

Ausgelöst wurden die Bemühungen um eine Verminderung der internationalen Spannungen durch den Schock der zweiten Marokkokrise 1911, der den Kabinetten in London, Berlin, aber auch in Wien plötzlich dramatisch vor Augen führte, daß man sich am Abgrund eines großen Krieges bewegte, obwohl Marokko für sich genommen weder für das Deutsche Reich und Großbritannien und schon gar nicht für Österreich-Ungarn einen Anlaß zum Krieg darstellte. Mit großer Akribie und Detailkenntnis, vor allem über die diplomatischen Möglichkeiten in allen ihren Nuancen, die den Mächten zur damaligen Zeit zur Verfügung standen, schildert der Autor die zahlreichen Initiativen auf der Ebene der bilateralen Beziehungen, um durch eine Annäherung in zweitrangigen oder peripheren Fragen eine Verbesserung der politischen Beziehungen zu erreichen, die eventuell als Grundlage für eine Verständigung in den zunächst ausgeklammerten grundsätzlichen Fragen (Flottenrüstung, Balkan) hätte dienen können. In diesen Zusammenhang gehören die deutsch-britischen Verhandlungen über die Bagdadbahn und die Zukunft der portugiesischen Kolonien, die deutsch-französischen Anläufe für eine gewisse Normalisierung ihrer wegen Elsaß-Lothringen schwer belasteten Beziehungen, die Bemühungen um eine atmosphärische Aufhellung der Beziehungen durch Monarchenbegegnungen, aber auch der Versuch der Wiener Diplomatie, über finanzielle Fragen ins Gespräch mit der französischen Seite zu kommen und auch in London mehr Verständnis für die österreichisch-ungarische Balkanpolitik zu finden. Ansätze für eine multilaterale Entspannung sieht Kießling in den zunächst erfolgreichen Bemühungen der Londoner Botschafterkonferenz, die brisante Lage auf dem Balkan durch einen Rückgriff auf die traditionellen Methoden des europäischen Konzerts der Mächte zu beruhigen und unter Kontrolle zu halten.

Kießling ist es in bemerkenswerter Weise gelungen, die zahlreichen Initiativen für eine Verbesserung der angespannten internationalen Beziehungen in den Jahren von 1911 bis 1914, die von der Forschung bisher eher am Rande wahrgenommen worden waren, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene aus den Akten heraus zu erschließen und in den Kontext der Entwicklung des internationalen Staatensystems einzuordnen. Er kann dabei mit durchaus plausiblen Argumenten den Nachweis erbringen, daß dieses System nicht nur im Zeichen von Bündnispolitik und daraus resultierender Blockbildung stand, sondern durchaus noch über eine gewisse Flexibilität verfügte, die aber keineswegs einen Ausweg aus dem bestehenden Sicherheitsdilemma eröffnete. Von der These, daß die Jahre von 1911 bis 1914 eingleisig eine stetige Zunahme der Spannungen zwischen den Mächten herbeiführten, die sich dann zwangsläufig anläßlich des einen oder anderen Konfliktes entladen mußten, wird man sich nach der Lektüre der gelungenen Studie von Kießling verabschieden müssen.

Rainer LAHME, Boppard

E. H. H. GREEN, *Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century*, Oxford (Oxford University Press) 2002, VIII–309 S.

Die britischen Konservativen waren lange Zeit stolz darauf, als »stupid party« zu gelten. Sie verstanden sich als eine Partei, die nicht viel von Ideologien hielt, den großen Welt-erklärungen mit Skepsis begegnete, statt dessen Pragmatismus und Tradition schätzte. Die demonstrative Geringschätzung von Ideen und Intellektuellen war ein wichtiger Grund,